

Fast jeder hat eine andere Meinung

Auch Senioren-Union sorgt sich um die Zukunft von Bayern und dem Rest der Republik

Plattling. (hk) Zum Stammtisch der Senioren Union, Kreisverband Deggendorf, konnte Vorsitzender Hermann Hilmer die Stammebelegschaft begrüßen, die fast immer kommt. Darunter waren Ehrenvorsitzender Alois Pinzinger, Vorstandsmitglied Stadt- und Kreisrat Max Thoma, und Pankofens letzter Bürgermeister vor der Eingemeindung, Georg Hackl. Besprochen wurden die Sondierungsgespräche in Berlin und selbst sondiert wurde, was die Mitglieder so darüber denken.

Es ging aber nicht nur um den Sondierungs-Marathon in Berlin mit seinen Ergebnissen, sondern auch um völlig andere Fragen wie die Zuwanderung, die Energieversorgung oder wie es mit der Atomkraft weitergehen soll. Aus den Fragestellungen und Antworten entwickelten sich immer neue Themen, so dass es keine gerade Linie gab, die kontinuierlich hätte abgearbeitet werden können.

Hermann Hilmer konnte melden, dass es keine Bürgerversicherung geben wird, für diese Versicherung war nur ein Mitglied, alle anderen stimmten dagegen, dass die CSU das Zuwanderungsgesetz durchgebracht habe und dass es keine Steuererhöhungen geben wird und der Soli soll auch abgeschafft werden. Dafür kommt die Mütterrente II und mehr Geld für die Bildung soll es auch geben.

Max Thoma sagte zu allen Spekulationen, was für Konstellationen es geben könne, um eine Regierung zu bilden Grundsätzliches: „Geben kann es in einer Demokratie alles. Es kann zu Neuwahlen kommen, es kann sich eine Minderheitsregierung etablieren, alles ist erlaubt. Aber“, so das Vorstandsmitglied an



SEN-Kreisvorsitzender Hermann Hilmer eröffnete den Stammtisch im Schiltorner Gasthof Spitzenberger. (Foto: Harald Keller)

die heutige Realität im politischen Geschäft erinnernd, „Politik kann heute nur noch das machen, was durchsetzbar ist und nicht, was notwendig wäre. Das ist das eigentlich Ungute daran.“

In diesem Zusammenhang kam Thoma auch auf den städtischen Haushalt zu sprechen, der vom Kämmerer genau erklärt worden sei, besonders was die Schwankungen bei der Einkommen- und Gewerbesteuer anging. Die ganz großen Betriebe, bedauerte Thoma, zahlten leider nichts. Die Einkommensteuer hingegen steige seit sieben Jahren stetig an. „Das zeigt“, so der Stadtrat, „dass es doch vielen Bürgern in Plattling gut geht, wenn auch nicht allen.“ Von einem Marsch in die Schulden wie bei der SPD war bei Thoma keine Rede.

Auf Berlin zurückkommend sprach sich Ehrenvorsitzender Alois Pinzinger für eine Minderheitsregierung aus, die man probieren sollte, wenn es nicht anders gehe, weil auch eine solche für das Wohl des Volkes zu sorgen habe. „Die sind ja dafür da, dass es uns gut geht“, so

Pinzinger wörtlich. Ein Mitglied brachte bezüglich des Handelns der Abgeordneten den Fraktionszwang ins Spiel und Georg Hackl meinte, dass die Lobbyisten sowieso die Politik bestimmen. Das sei mittlerweile alles so ineinander verflochten, dass keiner mehr durchblicke. Als eines der unseligen Ergebnisse von Lobbyismus führte Hackl die Rüstungsfirma Rheinmetall an, die Waffen in Krisengebiete liefere mit denen dann Bundeswehrsoldaten im dortigen Friedenseinsatz beschossen werden.

Ein anderes Mitglied kam zum Berliner Koalitionskreis zurück und meinte bezüglich der SPD: „Erst Nein und jetzt Ja, das kann nicht gut gehen. Hinsichtlich aller politischen Größen die zurzeit das Geschehen in München und Berlin bestimmen, kam in der Versammlung der Wunsch nach starken Führungspersönlichkeiten wie Goppel und später Strauß auf, die das, was notwendig und richtig gewesen sei, auch durchgesetzt hätten. Die Beispiele, die dazu angeführt wurden, waren unwiderlegbar richtig. Ohne

Thema mehr ist. Thema war auch wieder der Wahlerfolg der AfD. Als einer der Gründe wurde vermutet, dass die Bürger sich nicht mehr als Herr im eigenen Land fühlen und sich deshalb nach mehr Sicherheit sehnten, die sie von dieser Partei erwarteten, weil sie den Versprechungen der CSU nicht mehr glaubten. Als ein Beispiel wurde die Aufweichung der Justiz angeführt, die schon seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts im Gange sei und dass die Polizei sich alles gefallen lassen müsse. Ein Mitglied meinte dazu: „Da sind wir alle selber schuld, weil wir diese gesellschaftliche Entwicklung herbeigeführt haben. Das ist alles nicht mehr zu ändern.“

Aus dem Mix der Meinungen entwickelt sich eine rege Diskussion. Eine daraus resultierende Forderung war die Beibehaltung der Atomtechnik als wichtigsten und saubersten Energieerzeuger für Bayern und Deutschland, weil man in Temelin mit dem Atomstrom bereitstehe, wenn es hier wegen der alternativen Energien eng werde.

Goppel und Strauß wäre Bayern nie zur führenden Region in ganz Europa geworden, war die zustimmende Meinung aller in der Versammlung.

Diskutiert wurde auch die Straßenausbausatzung, weil noch nicht bekannt war, dass diese, da abgeschafft, kein